Nr. 4 — 9. Jahrg.

Geschäftsstelle und Redaktion: Dresden-A. 16, Holbeinstraße 46

Sächsische Volkszeitung

Mittwoch, 7 Januar 1920

Fernsprecher 21 396
Postscheckkonto Leipzig Nr. 14 797

Bezugspreis: Vierteljährlich in der Geschäftsstelle oder von der Post abgeholt Ausgabe A mit Illustr. Beilage 6.90 M., Ausgabe B 6.45 M. In Dresden und ganz Deutschland frei Haus Ausgabe A 7.35 M. Ausgabe B 6.90 M. — Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochentagen morgens. — Sprechstunden der Redaktion 11 bis 12 Uhr vorm.

Anzeigen: Grundpreis von geschäftlichen Anzeigen bis 10 Uhr, von Familienanzeigen bis 11 Uhr vorm. — Preis für die Petit-Spaltzeile 60 M., im Reklameteil 1.50 M. Familien-Anzeigen 60 M. Für telefonisch aufgegebene, sowie durch Fernsprecher mitgegebene Anzeigen können wir die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Textes nicht übernehmen.

Ausverkauf, Werteproduktion und Wiederaufbau

Seit Monaten haben wir dem deutschen Volke zugerufen: arbeitet, schafft Werte, mit dem Fleiß und der Ausdauer, die von jeher des deutschen Volkes Ehre und Zier waren, und wir werden wieder hochkommen! Unser Zureden ist im allgemeinen auch nicht ohne Erfolg geblieben. Arbeitslust und Arbeitsfreude sind im Begriff, in die Werkstätten ihre Rückkehr zu halten. Auch die Arbeitsleistungen sind wieder gestiegen, teilweise sogar wieder bis zur Höhe der Vorkriegszeit.

So schafft das deutsche Volk tatsächlich neue Werte, um seine Wirtschaft wieder aufzubauen. Aber für die Werte, die wir an das Ausland verkaufen, um von diesem dafür Gegenleistungen zu beziehen, erhalten wir keine entsprechenden Gegenwerte. Der traurige Kursstand der Mark hat bei uns die Wirkung ausgelöst, die man den großen Ausverkauf nennt. Geschäftsleute, die bei uns den Namen Industrielle und Kaufleute zu Unrecht führen, verkaufen zu viel zu billigen Preisen an das Ausland, und dessen Aufkäufer schleppen zu diesen für sie äußerst vorteilhaften Preisen aus dem Warenhaus Deutschland heraus, was zu holen ist.

Deutschland muß so auf die Dauer ausgepowert werden. Alles Wertschaffen kann schließlich nichts helfen, wenn die eigentlichen Nutznießer außerhalb seiner Grenzen sich befinden. Wir müssen nach Gegenmaßnahmen gegen die sinnlose, uns ruinierende Wertverschleuderung greifen. Die einfachste wäre eine sofortige völlige Angleichung der Inlandpreise an die Weltmarktpreise. Eine solche ist aber bei der revolutionierenden Wirkung, die sie bei uns auf die Inlandspreise, auf Arbeitslohn und Gehälter ausüben würde und müßte, zurzeit untunlich. Wir müssen daher wenigstens für die Waren, die wir an das Ausland abgeben, die Preise in annähernder Höhe der Weltmarktpreise bemessen. Alle deutschen Industriellen, die ins Ausland liefern, können gar nicht nachdrücklich genug auf die Notwendigkeit hingewiesen werden, ihre Exporte in der Valuta des Bestimmungslandes in Rechnung zu stellen und sich nicht dabei von den eigenen auf Grund unserer verratteten Markvaluta ermittelten Gestehungskosten leiten zu lassen.

An den Weltmarktpreis angeglichene deutsche Auslandspreise mögen den einzelnen ansehnliche privatwirtschaftliche Gewinne bringen. Es wäre jedoch völlig verfehlt, die Dinge unter diesen engen Gesichtspunkten anzusehen. Wir müssen volkswirtschaftlich denken und so handeln, wie es volkswirtschaftlich nottut. Und da spricht alles dafür, die Auslandsverkaufspreise mehr an den Weltmarktpreisen anzunähern, um nicht zu sagen, sie auf deren Höhe zu bringen. Wir müssen für unsere Waren die entsprechenden Gegenwerte bekommen. Wir dürfen nicht übersehen, daß wir für die Waren, die wir ausführen, die Rohstoffe selbst teuer im Ausland kaufen müssen, um so teurer, je tiefer unser Valutastand ist. Das können wir auf die Dauer nur, wenn wir uns durch die Ausfuhr zu angemessenen Preisen entsprechende Devisen verschaffen.

Einen solchen Rohstoff- und Warenausgleich mit dem Ausland können gerade wir bei unserer Eigenart als ein hervorragend industrielles Veredelungsland nicht entbehren, wenn wir überhaupt wieder hochkommen wollen. Für diese unsere Eigenart bieten sich glücklicherweise aber gute Aussichten. Der Warenhunger wird in der Welt noch auf Jahre andauern. Deutsche Veredlungsprodukte werden daher noch lange gesucht sein. Wir können also ausländische Rohstoffe nicht entbehren, bekommen sie aber nicht, wenn wir nicht entsprechend zahlen können. Wir müssen uns daher unsere Ausfuhrwaren angemessen bewerten lassen. Nicht zu vergessen bleibt schließlich noch folgendes: Das beste Anreizmittel zu guten und reichlichen Leistungen seitens der Arbeiterschaft ist eine nicht zu kleinliche Lohnpolitik. Gute Löhne, die unsere Arbeiter schaffensfreudig und dauernd leistungsfähig machen, zu zahlen, wird aber die Industrie dann am ehesten imstande sein, wenn auch der Auslandsmarkt für sie gute Erträge abwirft.

Trotz der in der Presse und sonst in der Oeffentlichkeit wiederholt erhobenen Forderung, bei der Ausfuhr möglichst an den Weltmarktpreis grenzende Preise zu nehmen, dauert das Verschleudern deutscher Waren an. Das Ausland droht, sich durch Einfuhrverbote und Differenzialzölle gegen den deutschen Wettbewerb abzuschließen. Unter diesen Umständen wird, wie vom Reichsverband der deutschen Industrie selbst betont wird, die deutsche Industrie sich darauf gefaßt machen müssen, daß zum mindesten für die nächste Zeit kein freier Wettbewerb beim Auslandsgeschäft herrschen, sondern eine noch erheblich strengere Kontrolle der Aus- und Einfuhr eintreten wird, weil der Verschleuderung deutscher Industrieprodukte und der Ueberschwemmung mit fremden Luxuswaren unbedingt Einhalt geboten werden muß.

Eine solche Kontrolle setzt voraus, daß die Zollgrenzen fester geschlossen werden als bisher, und daß für Einfuhr und Ausfuhr eine gesunde Preispolitik getrieben wird. Die Schließung der Grenzen ist Sache der Regierung, die Festsetzung der Preise sollte jedoch durch die Organisationen der Industrie selbst, und zwar nicht mit beratender, sondern mit entscheidender Stimme erfolgen, also durch die Selbstverwaltungskörper, was anzustreben die Regierung anscheinend ja auch bereit ist. Wir müssen so zu einer planmäßigen Wirtschaftsführung gelangen. Nur bei ihr können wir erwarten, daß die erhöhte Gütererzeugung und Warenaufwand auch wirklich dem Inlande zugute kommt und für den Wiederaufbau der Wirtschaft den Nutzen ist.

Erzbergers Rede in Stuttgart

Wir haben schon in Nr. 3 vom 5. Januar kurz über eine außerordentlich bemerkenswerte Rede, die Erzberger am Sonntag in Stuttgart gehalten hat, berichtet. Es liegen nun ausführliche Berichte über diese Zentrumskundgebung vor. Der Kuppelsaal des Stuttgarter Kunstgebäudes war viel zu klein; vor Beginn stand vor dem Kunstgebäude und dem Schloß eine dichtgedrängte Menschenmenge, die nicht mehr eingelassen werden konnte. Von Landtagsabg. Hauser begrüßt, ergriff Minister Erzberger das Wort zu einer Zweistundenständigen Rede. Er gedachte, so berichtet die „Augsburger Postzeitung", zunächst Kiesers und Gröbers, dessen Schüler er sich mit Stolz und Bescheidenheit nennt, und erzählt unter merkbarer innerer Ergriffenheit von Gröbers letztem Gang in den Reichstag. Und dann geht er über auf die großen Fragen der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Mitten während der Rede hatte Erzberger unterbrechen müssen. Es wurde bekannt, daß auf dem Schloßplatz eine vielhundertköpfige Menge den Minister zu hören wünsche, die nicht mehr länger zu beruhigen sei. Erzberger begab sich darauf ins Schloß und sprach von einem Fenster aus zu der Menge, während unterdessen Ernährungsminister Graf die im Saal Versammelten zu fesseln wußte. Nach etwa einer Viertelstunde kehrte Erzberger, stürmisch begrüßt, zurück, um seine Rede zu beenden. Wir geben daraus das Folgende wieder:

„So lange das Deutsche Reich besteht, hat es keine Regierung gegeben, auf der so zahlreiche und dringende Aufgaben ruhen, wie auf der jetzigen. Alle Regierungsmitglieder dienen mit allen Kräften einem Ziel: dem Wiederaufbau. Das Volk hat ein Recht, von der Regierung Rechenschaft zu verlangen. Denn heute ruht die Regierung auf dem Unterbau des Volkes selbst, sie schwebt nicht wie früher über dem Volk. Wir Regierenden sind selbst Volk. Wir treten ab, wenn wir nicht mehr von dem Mehrheitswillen des Volkes getragen werden. Keine Regierung in der Geschichte hat ein so verhängnisvolles Erbe übernehmen müssen, wie die jetzige. Die Repräsentanten des alten Regimes hatten sich verkrochen, die Armee hatte sich aufgelöst. Die Straße war frei für die Tätigkeit einer fanatisierten Masse. Demgegenüber ist es eine der größten Geschichtsfälschungen, wenn die Opposition der Rechten behauptet, die Regierung sei an den heutigen Verhältnissen schuld. Nein, die Regierung nach dem 9. November 1918 war nichts weiter, als eine Verwaltung des alten Regimes, das Kaiserreich am 9. November angemeldet hatte, besonders des schrankenlosen Militärregiments. Die neue Regierung hat seit dem Zusammenbruch Vieles und Großes geleistet; sie hat den blutigen Bürgerkrieg bis jetzt verhindert. Wir leben in geordneten Verhältnissen, ein jeder kann seiner Arbeit nachgehen. Die Staatsmaschine läuft.

Sind die jetzigen Mehrheitsparteien an den bestehenden schweren Verhältnissen schuld? Die Vertreter der alten Regierung möchten ihnen diese Verantwortung zuschieben. Aber das ist eine zweite große Geschichtsfälschung. Während des ganzen Krieges hat der Reichstag verzweifelte Versuche gemacht, gegen die ihm auferlegte Ohnmacht zu kämpfen. Aber mit allen Mitteln hat man seine Beschlüsse durchkreuzt, ja man hat versucht, die deutsche Volksvertretung im Volk und Heer herabzusetzen und zu verhöhnen. Ich erinnere nur an die Friedensresolution des Reichstages, die mit goldenen Lettern im Buch der Geschichte der deutschen Volksvertretung verzeichnet ist. Maßgebende Militärs haben erklärt, daß sie nichts gegen die Resolution hätten — um sie im nächsten Augenblick zu sabotieren. Die Septemberforderungen 1917 der Obersten Heeresleitung beweisen, daß jeder Versuch von Friedensverhandlungen verhindert wurde. Im Juli 1918 stürzten die allmächtigen Militärs den politischen Außenminister, weil er das Kriegsende nur „durch politische Verhandlungen kommen sah. Und zwei Monate später — haben dieselben Militärs bedingungslos politische Verhandlungen in überstürzter Hast gefordert. Dem deutschen Volke aber durfte man die Wahrheit nicht sagen. Als ich im September 1917 in Biberach über den U-Boot-Krieg auch nur andeutungsweise sprach, hat man ein Strafverfahren einzuleiten versucht. In Ulm hat man mir das Wort verboten. Die organisierte Lüge hatte damals freien Paß. Alle Warnungssignale hat man unterdrückt, verhöhnt, — bis das bittere Ende kommen mußte. Da klagt man die Mehrheitsparteien an. Nicht die Rechte, sondern wir sind die Ankläger. Die Konservativen waren die Schutzmacher derjenigen, die es zu einem solchen Zusammenbruch haben kommen lassen. Diese neue innere Blockade der Lüge und Entstellung muß gebrochen werden. Insbesondere die Presse der Mehrheitsparteien muß sich der verantwortlichen Aufgabe bewußt bleiben und den Kampf gegen die deutschnationale Agitation mit aller Entschiedenheit aufnehmen. Mit vornehmer Zurückhaltung gegenüber Leuten, die gewohnt sind, alle Mittel anzuwenden, kommt man nicht durch. Die Wahrheit ins Volk tragen, lautet die Parole.

Eine dritte Geschichtsfälschung der Opposition ist der Versuch, die Verantwortung für den Waffenstillstand der heutigen Regierung zuzuschieben. Aber die Geschichte beweist, daß der Waffenstillstand von den Militärs gefordert wurde, und nachdem ich die Bedingungen des Marschall Foch in das Große Hauptquartier gab, erhielt ich ein Telegramm von Hindenburg, den Waffenstillstand abzuschließen, auch wenn sich keine Milderung der ursprünglichen Bedingungen erreichen ließe. Wenn die Regierung einen Fehler gemacht hat, so war es der, daß sie nicht das Militär zum Abschluß des Waffenstillstandes gezwungen hat. Genau so lagen die Dinge beim Friedensschluß. Die Militärpartei bei den Alliierten wartete nur darauf, in Deutschland einmarschieren zu können. Ich weiß es aus der besten Quelle, daß Marschall Foch es nur schwer überwinden konnte, den Traum seines militärischen Lebens, Metz mit den Kanonen niederzuzwingen, nicht verwirklichen zu können, weil der Waffenstillstand ihm zuvor kam. Angesichts dieser ganzen Strömung sollten wir den Frieden nicht unterzeichnen? Dann wäre es vorbeigewesen mit der Einheit des deutschen Volkes.

Die Rechte arbeitet mit allen Mitteln, um ihre Unschuld zu beweisen. Einmal ist die ungeheuerliche Behauptung, die „Heimat sei der Front mit dem Dolch in den Rücken gefallen". Mit dieser Behauptung sich sie sich eins mit dem verantwortlichen Militärs. Es ist ein Zeichen des leider nur sehr wenig entwickelten politischen Sinnes des deutschen Volkes, daß es sich diese größte Beleidigung gefallen ließ, jenes deutsche Volk, das sein Alles gab, um den Plänen der Militärs zur Erfüllung zu verhelfen. Eltern opferten ihre Kinder, Frauen ihre Gatten, das deutsche Volk brachte sein Gut bis zum letzten Küchenschirr auf den Altar des Vaterlandes, es hat gleichzeitig jahrelang von dem täglichen Rationen nicht gehungert und gedarbt, und nun kommen die Militärs und sagen: Die Heimat sei schuld am Zusammenbruch. Ist das der Dank, den die Militärs dem deutschen Volke für sein Heldentum und seinen Opfersinn zu bieten wagen? Niemals ist eine größere Geschichtsfälschung in die Welt gesetzt, niemals ein Volk mehr beleidigt als durch diese Behauptung.

Nicht die Heimat ist am Zusammenbruch schuld. Im Gegenteil, die Militärs sind es, die „das Spiel" verloren haben und die Heimat und das deutsche Volk ins Unglück hineingestoßen haben. Oder hatte etwa die Heimat Einfluß auf die militärischen Dispositionen oder ihre Führer? Ebenso liegt die Schuld für den uneingeschränkten U-Boot-Krieg auf ihrer Seite. Unsere einzige Schuld, die einzige Schuld der Heimat hier ist, daß sie sich die Entscheidung für den U-Boot-Krieg in ihrer Vertrauensseligkeit hat aufzwingen lassen. Es ist eine der größten Lügen, wenn gesagt wird, sie habe dem Heer den Dolch in den Rücken gestoßen. Die Dinge lagen für jeden Einsichtigen klar: die Oberste Heeresleitung hat die nach jahrelangem Krieg erschöpften Kräfte des deutschen Volkes immer wieder überschätzt — auf der anderen Seite die Kriegsmittel der Alliierten unterschätzt. Statt die deutsche Kraft richtig einzuschätzen, sorgte die Oberste Heeresleitung durch ihr gefügiges Instrument des Kriegspresseamtes für die sogenannte Hebung der Stimmung. Es behandelte das Volk, statt ihm die Wahrheit zu sagen, wie ein unmündiges Kind.

Es gab während des Krieges mehrere Friedensmöglichkeiten. Eine war sicher Ende 1916, eine andere September 1917. Die Opposition verlegte diese letztere Friedensmöglichkeit in den Monat Juli und behauptete, daß sie durch eine in Frankfurt a. M. gehaltene Indiskretion meinerseits vernichtet worden. Es wird behauptet, daß der Czerninische Bericht durch mich den Alliierten bekannt wurde. Wie liegen die Dinge. Am 25. Juli verlas ich Teile aus der Denkschrift Czernins vom 12. April unter Verbot einer Mitschrift und strengster Diskretion. Auf diesem Reichsausschuß waren nur bewährte Mitglieder der Partei vorhanden. Es wäre eine Denunziant der damals Anwesenden, wenn man behaupten wollte, [illegible] mitgeschrieben und dies den Alliierten zur Kenntnis gebracht hätte. Es war rein technisch ganz unmöglich, [illegible] nachdem die Tagung erst am 25. Juli stattgefunden hatte, die englische Regierung schon im Juli im Besitz dieses Berichtes gelangen konnte. Die Rechtsopposition behauptet aber, die Kenntnis dieses Berichtes habe damals bei den Alliierten jede Friedensmöglichkeit niedergeschlagen. Diese ganze Behauptung ist eine frische Lüge. Sie verschweigt zudem in Verbindung ihrer Demagogie, daß [illegible] 1917 der Kaiser Sixtus von Parma im Auftrage des Kaisers Karl zweimal Briefe desselben nach Paris übermittelte. Aus [illegible] im August 1917, der durch den Vatikan [illegible] wurde, geht die historische Wahrheit klar und fest hervor. [illegible] Das wird in kürzester Zeit auch [illegible] werden, durch den Untersuchungsausschuß.

Nun zur Gegenwart [illegible] Koalitionsregierung. Politisch konnte nur eine Koalition [illegible] Zentrum, die dem Willen der [illegible] zum Ausdruck kommen. Entgegen den Vorwürfen von seiten der Rechtsopposition ist festzustellen, daß [illegible] Zentrum [illegible] Traditionen nicht [illegible] ist. [illegible] Weimarer Verfassung bringt für die Religionsgesellschaften größere [illegible] als sie sie bisher besessen haben. In der Schulfrage ist in unser Ideal [illegible] aber aus dem Boden der [illegible] erträgliche Verständigung erzielt werden.

Der Reichsfinanzminister gab im weiteren [illegible] seiner Rede einen Ueberblick über die [illegible] Schwierigkeiten. Er sprach vom Notstand der Lebensmittelversorgung und [illegible] der Lebensmittelversorgung ein. Er legte hier dem neugebildeten Reichsernährungsministerium [illegible] Steuerverwaltung. Als [illegible] nämlich die Schaffung der werteschaffenden Arbeit, [illegible] des Besitzes, weites Entgegenkommen für den kleinen Rentner, insbesondere auch Wahrung der privaten [illegible] den Sparkassen [illegible]. Der Reichsfinanzminister kündigte an, daß demnächst zwei neue Steuervorlagen [illegible] Tagung, das Körperschaftssteuergesetz [illegible] sollen, nämlich alle diejenigen Träger von Vermögen und Einkommen, die nicht der Einkommensteuer für die natürlichen Personen unterliegen. Der Steuersatz wird 10 Proz. betragen und steigt bei Erwerbsgesellschaften auf 20 bezw. 30 Proz. des Einkommens. Zweitens wurde ein neues Ergänzungssteuergesetz kommen, das den Vermögenszuwachs besteuert. Es ergänzt sowohl das Reichsnotopfer, indem es die sich neu bildenden Vermögen erfaßt, wie die Einkommensteuer, indem es das nicht verbrauchte Einkommen erfaßt. Die Sätze aus dem Vermögenszuwachs sind relativ [illegible] und [illegible] mit 10 Prozent. Der Sparer soll geschont werden und [illegible] soll sich neues Kapital bilden können.

Hinsichtlich der künftigen positiven Aufgaben zeichnete der Reichsfinanzminister Erzberger drei Richtlinien, 1. staatspolitische, 2. innerpolitische und 3. außenpolitische. Die erste staatspolitische Aufgabe sei der Einheitsstaat. „Ich stehe und falle mit dem Einheitsgedanken des Reiches." Die Reichsgewalt muß stark sein. Die Länder dagegen betätigen sich auf ihrem ureigensten Gebiet, dem kulturellen Gebiet. Das schützt vor Unterdrückung der Einheit. Der Einheitsstaat bringt die Lösung der [illegible] Frage. Er ist das stärkste Bollwerk gegen die gefürchtete „Zerreißung Deutschlands". Die deutsche Frage ist erst gelöst, wenn einmal alle Stämme ohne Unterschied in einem Reich vereinigt sind und alle gleichberechtigt nebeneinanderstehen, so daß nicht im Reich eine Großmacht die andern beherrscht.

Deutschland ist seinen Verpflichtungen in der Auslieferung der Schiffe, Maschinen, Lokomotiven, fremden Wertpapiere [illegible] in dem weitesten Umfange nachgekommen. Die Alliierten haben [illegible] Friedensvertrag von uns keine weiteren Leistungen [illegible] sie uns nicht im Rahmen des Artikels 235 beliefern. Wir haben bisher